

Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire = Rivista storica svizzera
Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Geschichte
Band: 26 (1976)
Heft: 4

Bibliographie: Literatur zur Sozialgeschichte und Politologie
Autor: Gruner, Erich

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

geradezu widersprechen, sondern die, so etwas Äusserliches von ihr gelten lassen, aber ihren Geist nicht kennen, und nicht leicht dahin zu bringen sind, ihn kennen zu wollen, weil sie grosse Geld-, Ehren- und Sinnlichkeits-Interessen haben, das Gegentheil davon in seinem alten Gleis fortlaufen zu machen.» Als Schulmann und Armenfreund, als Philosoph und Staatsreformer hatte Pestalozzi viele Gelegenheit, sich mit der Vorliebe mancher Zeitgenossen für den «lieben Routinekarren» auseinanderzusetzen (vgl. Werkband XXIII, S. 251, Z. 7–15).

Geist und Herz in ihrem Zusammenwirken machen Pestalozzi zu einem genialen Wesen, dessen Wirken und Ideen unentwegt auf die Nachwelt ausströmen. Dass auch die Mitwelt ihn richtig einschätzte, als Radikale und Aristokraten (modern gesagt Progressive und Establishment) ihn als «verbrannten Kopf» charakterisierten, zeigt ein Bericht des Dichters Joh. Jakob Reithard um 1824: «... Wie damals, als die schöne und reiche Anna Schult-hess auf die Frage: Wie sie einen so hässlichen Menschen heiraten könne? lächelnd entgegnete: Mein Pestalozzi hat aber eine so schöne Seele! so wies auch [Johannes] Herzog [1773–1840, Bürgermeister des Kantons Aargau] den Vorwurf, dass er es mit einem «Rappelkopfe» zu tun habe, mit der Überzeugung zurück, dass dieser Schriftsteller und Menschenfreund sehr grosse Ideen und ein unendlich reiches Herz habe» (Pestalozzi-Blätter 1900, S. 53).

LITERATUR ZUR SOZIALGESCHICHTE UND POLITOLOGIE

VON ERICH GRUNER

Der Rezensionsteil der Z. f. G. hat in letzter Zeit einen derartigen Umfang angenommen, dass man nur mehr wirklich diskussionswürdige Werke ausführlich besprechen und die grosse Mehrheit der anfallenden Bücher bloss mehr anzeigen sollte. Ein entsprechender Versuch sei hier gewagt. An die Spitze stellen wir das gewichtige Werk von Hansjoachim Henning über das *westdeutsche Bürgertum*¹. H. wendet endlich auch im deutschen Sprachbereich Methoden an, die sich im französischen und angelsächsischen Raum längst bewährt haben, wenn man von den soziologischen Arbeiten Geigers und anderer absieht; nur schade, dass er sich nicht mit den entsprechenden Me-

¹ HANSJOACHIM HENNING, *Das westdeutsche Bürgertum in der Epoche der Hochindustrialisierung, 1860–1914, Teil 1: Das Bildungsbürgertum in den preussischen Westprovinzen. Historische Forschungen*, ed. OTTO BRUNNER et alii, Bd. VI. Wiesbaden, Franz Steiner, 1972. 509 S.

thoden, zum Beispiel einer Adeline Daumard, auseinandersetzt. Der Autor illustriert zunächst anhand zahlreicher Beispiele, wie unzulänglich und willkürlich (Marxismus) bisher die Bemühungen der verschiedensten Wissenschaften gewesen sind, den Inhalt des Begriffs Bürgertum abzuklären, ja selbst die als bürgerlich verstandenen Schichten oder Klassen auch nur adäquat zu beschreiben. Ausgehend vom Selbstverständnis der zwischen Adel, Bauern und Arbeitern «liegenden» sozialen Gruppen gelangt er zur Hypothese, es seien neben Unternehmern, Handwerkern, Privatangestellten und Freierwerbenden vor allem die *Beamten* einzubeziehen. Der vorliegende Band ist den akademisch und nichtakademisch gebildeten Beamten und den freierwerbenden Akademikern in den drei preussischen Provinzen Westfalen, Hannover und Rheinprovinz gewidmet. Er beschränkt sich auf den Zeitraum zwischen 1860 und 1914.

Das Neuartige bei der *Wahl der Kriterien*, nach denen die Zugehörigkeit zu diesen Gruppen geprüft wird, besteht darin, dass neben zählbaren Merkmalen auch solche berücksichtigt werden, die man nicht von vornherein quantifizieren kann, zum Beispiel Verhaltensweisen und Lebensführung. Die besondere Schwierigkeit eines solchen Verfahrens liegt nun aber darin, derartige qualitative Züge in quantitative Grössen umzumünzen. Henning geht von der Überlegung aus, dass sich aus einzelnen, bei einer grossen Zahl von Individuen beobachteten Handlungen aus *Häufigkeiten* gewisse Verhaltensmuster ablesen und den oben genannten sozialen Gruppen zuordnen lassen. Es handelt sich um Indikatoren, welche dem Zeitraum selbst entnommen sind und die soziale Verflechtung, die wirtschaftliche Lage usw. kennzeichnen. Sie beschlagen die folgenden vier Gebiete (die Feinheiten des Indikatorenrasters werden durch illustrierende Beispiele in Klammern beleuchtet): Familie (z. B. Vater- und Schwiegervaterberuf, Konnubium, Kinderzahl); Ausbildung und Beruf (z. B. Studentenverbindungen, Disziplinarstrafen); Einkommen und Konsum; öffentliche Tätigkeit (Vereine und Geselligkeit, Parteien, Auszeichnungen). Methodisch wird diese Herkulesaufgabe mit *6000 Fragebogen* bewältigt. Die Indikatoren werden nach dem Zufallsstichprobenprinzip ausgewählt.

Der *Reichtum der Ergebnisse* lässt sich nur andeutungsweise wiedergeben und schon gar nicht nach den regionalen Nuancen differenzieren. Es ist von grossem Vorteil, dass Henning die Sozialanalyse auf einen knapp geschilderten sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Hintergrund projiziert und damit typologische Vereinfachungen erleichtert. Dies wäre ihm noch besser gelungen, wenn er gewisse Stereotypen, die sich in allen drei Regionen vorfinden, nicht jedesmal mit gleicher Ausführlichkeit geschildert hätte. Das Charakteristische am deutschen Beamten- und *Bildungsbürgertum* in dieser *Übergangsphase* ist darin zu erblicken, dass sich die Beamten, Überbleibsel der Ständegesellschaft, den nivellierenden Wirkungen der Industriegesellschaft mit ihrem Leistungs- und Konkurrenzdenken unterziehen müssen und darum je nach dem Bildungsniveau ins Klein- oder Grossbürgertum integriert werden. Die relativ

scharfe Scheidung zwischen diesen Gruppen beruht darauf, dass die *akademische Bildung* das alte Statussymbol der «Nähe zum Throne» oder zur «Herrschaft» ablöst. Je mehr aber der Akademiker das Grossbürgertum prägt, desto mehr wird umgekehrt akademische Bildung generell zum Statussymbol für diese ganze Gruppe; und zwar um so ausgeprägter, je mehr Bildung als Ergebnis individueller Leistung verstanden wird. Im Gegensatz zum Besitzbürgertum, das sich jenem übrigens infolge des Konnubiums mehr und mehr öffnet, muss die traditionell hochgehaltene standesgemässe Lebenshaltung durch Konsumverzicht erkaufte werden. Das fördert einen «sozialen Kollektivismus» innerhalb der Familie. Henning kann überzeugend nachweisen, dass das Bildungsbürgertum eine deutlich abgrenzbare *soziale Schicht* darstellt. Ihre Merkmale sind weniger bedingt durch Einkommensgleichheit als durch Gleichartigkeit in Lebensstil und Verhaltensnormen. Ihr Lagebewusstsein wird noch weitgehend dadurch bestimmt, dass es sich als Teil einer *hierarchisch* geprägten Sozialstruktur versteht und deshalb zu sozialer Exklusivität neigt.

Rolf Engelsing veröffentlicht unter dem Titel «*Zur Sozialgeschichte deutscher Mittel- und Unterschichten*²» eine Reihe von Aufsätzen, die alle um die vom Autor schon bisher besonders betreuten Themen kreisen, die Lebenshaltung im 18. und 19. Jahrhundert, die Erfassung von bisher in der Sozialgeschichte vernachlässigten sozialen Gruppen (wirtschaftliche und soziale Differenzierung der deutschen kaufmännischen Angestellten, Hausdienstpersonal) und die Sozialgeschichte des Lesens (Lesergeschichte, Dienstbotenlektüre und politische Bildung der Unterschichten). Wie aus dem konzentriert verfassten Vorwort und den jeweils grundlegenden Einleitungen zu den einzelnen Aufsätzen hervorgeht, legt E. eine für alle Aufsätze gültige Definition von Lebenshaltung zugrunde. Er versteht darunter «den Zusammenhang von Erscheinungen und Leitbildern, die der physischen Lebenserhaltung und der soziokulturellen Lebensgestaltung von Einzelnen und Familien in verschiedenen gesellschaftlichen Lagen dienen». Man kann dem Autor höchstens vorwerfen, dass seine Quellen manchmal etwas zufällig sind, besonders wenn sie einem so grossen Zeitraum entnommen werden müssen wie etwa demjenigen, der die Verhältnisse der Angestellten illustrieren soll (1690–1900).

Heinrich August Winkler gibt mit seiner Analyse «*Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus*» (die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik³) eine methodisch sorgfältig ausgewogene und materiell aufschlussreiche Antwort auf die bisher summarisch vertretene These, der Mittelstand trage eine Hauptverantwortung für den Sieg der Nazis. Der Autor gibt zuerst eine bis 1880 zurückreichende sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Bestandesaufnahme dessen, was man unter der vagen Formulierung Mittelstand begriffen hat. Aufgrund dieser soziologischen

² *Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft* 4. Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht, 1973. 314 S.

³ *Studienbibliothek*. Köln, Kiepenheuer und Witsch, 1972. 307 S.

Analyse (vgl. die wertvollen Tabellen im Anhang) kann er dann ableiten, welche politischen Dispositionen sich für die nazistische Mittelstandspolitik ergeben mussten. Rein ereignisgeschichtlich folgt daraus, dass die entsprechenden Spitzenverbände den Nazis erst von 1929 an folgten und von diesen unterwandert worden sind. Diese Schwenkung ging politisch in den entscheidenden Wahlen von 1930 an vor allem zu Lasten der liberalen Parteien. Wie stark hier aus dem 19. Jahrhundert nachwirkende Tabus im Spiele waren, geht etwa daraus hervor, dass sich die Mittelständler vor der evolutionären Entwicklung durch Gewerkschaften und Sozialdemokraten (Proletarisierungstheorie!) mehr fürchteten als vor dem revolutionären Umsturz durch die KP. Das Verhältnis zu den national-liberalen oder konservativen Kreisen war ambivalent und beschränkte sich auf eine Kritik zufälliger Symptome des Kapitalismus. Die kaum mehr zu erschütternden Ergebnisse Winklers lassen sich in seinen eigenen Worten so resümieren: «Der Faschismus bedeutete weder in Deutschland noch in Italien die Herrschaft des Mittelstandes, sondern seine Manipulation im Interesse einer weder von ihm noch von mächtigeren gesellschaftlichen Faktoren abhängigen Clique und des von dieser Gruppe verkörperten Primats der Politik» (S. 197). «Die Gewöhnung an eine Politik, die dem Kleingewerbe eine Art Naturschutzpark versprach, verstärkte die Anfälligkeit der Mittelständler für extrem antiliberalen Parolen» (S. 197). Nach Winklers Werk wird man Lipsets Theorie vom Nazismus als einem «Extremismus der Mitte» ohne Schaden preisgeben können. Winkler schliesst mit einem Ausblick auf die gewerbliche Politik in der Nachkriegszeit, welche die Verwandtschaft mit derjenigen der entsprechenden in der Schweiz gut aufzeigt.

Susanne Miller behandelt in ihrem Werk *«Burgfrieden und Klassenkampf»*⁴ auf vorbildliche Weise die Entwicklung der SPD von einer prinzipiellen Oppositionspartei zu einer ministeriabilen Partei. Nachdem sie in einem ausgezeichneten Überblick über den Forschungsstand die noch bestehenden Lücken und Verzeichnungen abgeklärt hat, stellt sie die Frage in den Mittelpunkt, ob sich die Zustimmung zu den Kriegskrediten wirklich gleichsam von selbst ergeben habe; und falls dies, wie die Autorin meint, verneint werden muss, wie sich das Ja im August 1914 erklären lasse und wie sich dieses auf die Politik der SPD während des Krieges ausgewirkt habe. Das Dilemma der SPD bestand vor allem darin, dass sie vorwiegend innenpolitisch dachte und darum den ihr auf diesem Gebiet entgegenkommenden Bethmann-Hollweg unterstützen wollte, aber die Gelegenheit verpasste, Bedingungen für eine innere Reform zu stellen. Darum scheute sie gegen Kriegsende vor dem revolutionären Appell an die Massen zurück und wurde so zum Gefangenen ihrer Burgfriedenspolitik. Sie gab sich damit zufrieden, aus ihrer Isolierung herauszutreten. Ihre eigentliche Absicht, eine deutsche Annexionspolitik zu verhindern, liess sich aber nicht verwirklichen.

⁴ *Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien*, Bd. 53. Düsseldorf, Droste, 1974. 440 S.

Harry Nowkas Studie über das «*Machtverhältnis zwischen Partei und Fraktion in der SPD*⁵» betrifft ein auch für die SPS klassisches Thema der Parteilorschung. Der Autor legt zwar das Schwergewicht auf die Periode der Bundesrepublik. Er glaubt aber nachweisen zu können, dass die heutige Vorzugstellung der Fraktion durch die unter dem Sozialistengesetz herrschenden Verhältnisse determiniert und nur in der Weimarer Republik eingeschränkt worden sei. In der BRD erscheint die Fraktion als das eigentliche Machtzentrum der Partei. Das wird etwa mit dem Hinweis auf die Personalunion zwischen Fraktion und Parteivorstand und auf die Willensbildung in Sachfragen belegt (Remilitarisierung, Notstandsgesetzgebung). Aufschlussreich sind die Abschnitte, die sich mit der Willensbildung bei Koalitionsverhandlungen und den jungsozialistischen Versuchen befassen, die Fraktion durch das Institut des gebundenen Mandats der Parteiweisung zu unterwerfen.

Robert Michels' berühmt-berüchtigtes «ehernes Gesetz der Oligarchie» resultierte aus der Diskrepanz zwischen der direkt demokratischen Lehre von der Identität von Regierenden und Regierten und der oligarchischen Realität der SPD. Wilfried Röhrich knüpft in seiner scharfsinnigen Habilitationsschrift «*Robert Michels. Vom sozialistisch-syndikalistischen zum faschistischen Credo*⁶» an die Ansätze von Rolf Ebbighausen an. Dieser hat die Oligarchiethesen von Michels in seiner «Krise der Parteiendemokratie» damit erklärt, dass die Entstehung von Massenparteien notwendigerweise mit dem Verlust der partei-internen Demokratie verknüpft gewesen sei. Röhrich setzt demgegenüber gleichsam zu einer analytischen Anatomie von Michels' Werk an, indem er zahlreiche bisher nie befriedigend erklärte Wendungen des Wahlitalieners dank erstmals erschlossener Quellen als *situationsbedingt* nachweisen kann. Darüber hinaus rekonstruiert er den geistigen Stammbaum des Michelsschen Denkens. Er zeigt die Stationen auf, die dieser als bürgerlicher Renegat (und in Marburg abgewiesener Habilitand) von Proudhon und Labriola über Max Weber, Gaetano Mosca, Vilfredo Pareto, Georges Sorel und Enrico Corradini bis zu Mussolini passiert hat. Es gehört mit zum Einprägsamsten dieser ausserordentlichen Schrift, dass sie Michels' Oligarchiethese als syndikalistische Rache- und Streitschrift eines von Hass-Liebe zu Bebel geplagten Ex-Bourgeois gegen die ihn zurückweisenden «Parteibanausen» entlarvt. Hatte man früher bloss auf Michels' utopistischen, an Rousseau anknüpfenden Demokratiebegriff als Fehlerquelle hingewiesen, erfährt man jetzt, wie «konfessionsbelastet» diese Pseudothorie in Wirklichkeit gewesen ist. Dass sie trotzdem zahlreiche wertvolle Erkenntnisse und Beobachtungen enthält, geht ausser auf die in Italien und in der SPD gemachten Erfahrungen teilweise auf Anregungen Max Webers zurück. Der Autor hätte freilich noch deutlicher hervorheben können, was schon Lukaács andeutete: Michels klammert die Wechselwirkung zwischen den innerparteilichen Strukturen und ihrer Um-

⁵ *Eine historisch-empirische Untersuchung*. Köln, Carl Heymanns, 1973. 167 S.

⁶ *Beiträge zur politischen Wissenschaft* 14. Berlin, Duncker und Humblot, 1972. 198 S.

welt so stark aus, dass er einem organisationstechnischen Determinismus verfällt. So ist es schliesslich für ihn gleichgültig, welcher Farbe oder welcher Klasse eine Partei angehört, ob sie den Herrschenden oder Beherrschenden dient: in stereotyper Weise erscheinen alle Parteien als Kreaturen der Parteiführer.

Es würde den Rahmen der Rezension sprengen, würde man in gleicher Ausführlichkeit die übrigen Kapitel des geistreichen, aber oft stilistisch schwer lesbaren Buches kritisch resümieren. Röhrich öffnet uns geistesgeschichtlich völlig neue Perspektiven, weil er auch Michels' einleitend genannte Kontaktpersonen in das reichhaltige Beziehungsgeflecht ihrer politischen Tätigkeit und ihres Stellungsbezugs zu den aktuellen Ereignissen hineinstellt. Dabei wird klar herausgearbeitet, dass Michels' Leistung vor allem darin besteht, dass er die Theorien seiner Kontaktpersonen eklektisch konkretisiert und gerade damit das Kunststück fertiggebracht hat, Widersprüchliches zu vereinigen. So erklärt sich die geistige Entwicklung Michels' als eine Abfolge von «sich überlagernden und durchdringenden Entwicklungslinien», die schliesslich Syndikalismus, Gewaltdenken, Heroismus, Elitedenken in die irrationalistische Theorie vom Heldenkampfe proletarischer Nationen um einen Platz an der Sonne einmünden lassen. Mochten Pareto und Sorel Mussolini nachhaltiger beeinflusst haben: Michels erscheint in der Sicht Röhrichs als der direkteste Wegbereiter des Faschismus. Obschon Michels von 1914 bis 1926 in Basel wirkte und sowohl in den «Basler Nachrichten» wie in der «Neuen Zürcher Zeitung» kräftig Propaganda für den kommenden und den siegreichen Faschismus machte und ausserdem ein Tagebuch führte, geht der Autor leider mit keinem Wort auf sein Verhältnis zu den Baslern und Schweizern und zu unsern demokratischen Institutionen ein. Hat der schweizerische Alltag, zum Beispiel Landesstreik, Lenin in der Schweiz usw., Michels so kühl gelassen, wie offensichtlich den Baslern seine weltanschaulich-politische Haltung gleichgültig war, als sie ihn wegen seiner «blendenden und faszinierenden Persönlichkeit» bei der Berufung einem Othmar Spann vorzogen?

Die bundesdeutsche Kommission für die Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien gibt unter dem Titel «*Gesellschaft, Parlament und Regierung*» einen «Zwischenbericht» heraus, der die Vorarbeiten für die Herausgabe eines mehrbändigen «Handbuchs der Geschichte des Parlamentarismus» zusammenfasst⁷. Entsprechend dem Schwerpunkt des geplanten Werkes werden vor allem sozialgeschichtliche Fragen behandelt. Sie sollen den Problemkomplex beleuchten, inwiefern und welche sozialen Gruppen die Machterweiterung des Parlamentarismus unterstützt oder gehemmt haben. Es ist in dieser knappen Anzeige nicht möglich, im einzelnen auf die 17 Autoren und die Einleitung des Kommissionspräsidenten Gerhard Ritter einzugehen. Die Beiträge sind nach Epochen gegliedert und betreffen der Reihe

⁷ Zur *Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland*, herausgegeben von GERHARD A. RITTER, *Veröffentlichungen der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien*. Düsseldorf, Droste, 1974. 458 S.

nach den Übergang von den Ständeversammlungen zum modernen Parlament, die Periode der politischen Ernüchterung zwischen der Revolution von 1848 und der Reichsgründung, den Reichstag sowie einzelne Parlamente im Kaiserreich, ferner Strukturprobleme der Weimarer Republik. Die Beiträge besitzen insofern ein über den Kreis der deutschen Geschichte hinausgehendes Interesse, als sie sich komparativ mit der Lage der Parlamente im ausserdeutschen Bereich befassen oder strittige Fragen der deutschen Innenpolitik grundsätzlich diskutieren.

Was im erwähnten Sammelband in Epochenschnitte aufgelöst wird, erscheint in Dieter Langewiesches gehaltvoller Studie *«Liberalismus und Demokratie in Württemberg zwischen Revolution und Reichsgründung»* als vorbildlich durchkomponierte Einheit⁸. Der Autor geht den Gründen nach, weshalb sich die in den vierziger Jahren noch eng verbundene liberal-demokratische bürgerliche Opposition in Württemberg schon in der Revolutionsbewegung von 1848/49 aufgespalten und in den Jahren vor der Reichsgründung so extrem polarisiert hat (Deutsche und Volkspartei), dass das demokratisch-bürgerliche Potential im Parteienkräftespiel gleichsam paralysiert worden ist. Die Arbeit kann die schweizerische Parteiforschung sowohl methodisch wie inhaltlich befruchten. Trotz grundlegenden Verschiedenheiten gegenüber der Schweiz ergeben sich doch aufschlussreiche, bisher in der deutschen Parteiforschung zu wenig registrierte Parallelen zu unseren Verhältnissen: zum Beispiel die für die Parteiprogrammatik entscheidende Auseinandersetzung mit den Aspekten der Industrialisierung, der sozialen Frage, der Bürokratie, des Föderalismusproblems; ferner organisations- und rekrutierungssoziologische Aspekte beim Aufbau der beiden Parteien. Methodisch vorbildlich ist die Art und Weise, wie der Autor die parteipolitischen Entwicklungslinien mit den sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Hintergründen konfrontiert und dabei genau abklärt, was Bürgertum und Kleinbürgertum realiter bedeutet haben. Methodisch anregend sind die Untersuchungen über das Organisationsnetz und die soziale Zusammensetzung der Parteien, weil sie auch bei uns die Hoffnung wecken, intensiviertes Suchen könnte ähnliche Quellenschätze ans Tageslicht bringen wie zum Beispiel die genauen Mitgliederzahlen mit Berufsangaben, über die L. verfügt. Langewiesches Forschungen ergeben u. a., dass auch in Württemberg – ähnlich wie in der Schweiz – schon sehr frühzeitig weitverzweigte, gut durchorganisierte Volksparteien existiert haben. Fraglich scheint mir einzig, ob man sie bereits als «Mitgliederparteien» bezeichnen kann und ob man aus teilweise so kleinen statistischen Massen (20–30!) mittels Prozentwerten so weitgehende Schlüsse über die soziale Zusammensetzung ziehen darf. Trotz diesem Einwand scheint mir der Nachweis schlüssig, dass die Spaltung der beiden Parteien weniger durch verschiedenartige soziale Grundlagen verursacht wurde als durch die Auffassungsdifferenzen zwischen obrigkeitsstaatlich-nationalem und demokratisch-antipreußischem Denken.

⁸ *Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien*. Düsseldorf, Droste, 1974. 494 S.

John A. Armstrong setzt sich in seiner weitausholenden, vergleichenden Längsschnitt-Analyse über die Rollenperzeptionen der *Verwaltungseliten* Frankreichs, Deutschlands (Preussens), Russlands und Grossbritanniens höchste Ziele⁹. Er will den Einfluss des *Rollen-Verständnisses der Verwaltungseliten* auf die *ökonomische Entwicklung* klären und dabei Faktoren heraus-schälen, welche eine interventionistische, auf Entwicklung ausgerichtete Rol-lendefinition positiv beeinflussen. Die *methodischen und theoretischen* Schwierigkeiten einer solchen Untersuchung erweisen sich als fast unüberwindlich. Zuerst müssen die Positionen der Verwaltungselite abgegrenzt werden. Dann erfolgt eine asynchrone Periodisierung (vorindustriell, Industrialisierungs-start, industriell und nachindustriell). Schliesslich werden Rolle als Summe von Erwartungen und Sozialisation als lebenslänglicher Prozess des Erlernens von Rollen definiert.

Für die vier erwähnten Gesellschaften wird dann eine grosse *Fülle von historischem Material* zur Rekrutierungsbasis, zur Sozialisation in Familie, in jugendlichen Gruppen (peer groups), höheren Mittelschulen (insbesondere in berühmten Internaten), in Universitäten und in Verwaltungsschulen, zur Mo-bilisierung für den Verwaltungsdienst und zu den verschiedenen Karriere-mustern der Verwaltungseliten zusammengestellt. Schliesslich werden *fünf Faktoren* herausgearbeitet, die dazu führen können, dass Verwaltungseliten ihre Rolle in der Beeinflussung der wirtschaftlichen Entwicklung sehen: Städ-tischer Einfluss; Erfahrung im Verwalten von Territorien; administrative Integration (organisatorische Einheit und homogene Sozialisation); wissen-schaftlich-technologische Erziehung; systematische Ausbildung in Wirt-schaftswissenschaft. Der Autor will diese Faktoren als Hypothesen verstan-den wissen, die weiter zu überprüfen sind.

Das Werk Armstrongs darf trotz allen offen gebliebenen Fragen als erfolg-reicher Versuch bezeichnet werden, Theorie und neue, zum Teil auch quanti-tative Methoden zur Bewältigung eines geschichtlich-politischen Themas ein-zusetzen. Die Verwaltungslehre traditionell historischer und juristischer Prä-gung dürfte eine grosse Zahl von Anregungen finden.

Christian Müllers Dissertation «*Arbeiterbewegung und Unternehmerpolitik in der aufstrebenden Industriestadt*¹⁰» verdient Lob, weil sie bescheidene Ansprüche stellt und diese befriedigend erfüllt. Im Mittelpunkt stehen die Konflikte zwischen Arbeiterschaft und Geschäftsleitung der Brown Boveri, Baden, in denen die erste sich abwechselnd stärkt und aufreißt und die zweite ihren uneingeschränkten «Herrn-im-Hause»-Standpunkt bis in den Ersten Weltkrieg hinein durchhält. Rund um diese Konfliktsituation wird wertvolles empirisches Material aus bisher unbekannten Quellen minutiös aufgearbeitet. Es fällt Licht auf wichtige sozialgeschichtliche Fragen wie Koalitionsrecht,

⁹ JOHN A. ARMSTRONG, *The European Administrative Elite*. Princeton, Univ. Press, 1973. 406 S.

¹⁰ *Baden nach der Gründung der Firma Brown Boveri 1891–1914*. Aarau, Sauerländer, 1974. 221 S.

Gewerkschaftsaufbau, Fabrikkommissionen und Wohlfahrtspolitik, ferner auf die fatale Rolle des zwiespältig-doppelzüngigen linksfreisinnigen Politikers Josef Jäger.

Werner Möckli versucht unter dem Titel «*Schweizergeist – Landigeist*¹¹» das «schweizerische Selbstverständnis beim Ausbruch des Zweiten Weltkriegs» anhand von Zeugnissen über die Landesausstellung von 1939 und zahlreicher, politisch und geistig führender Männer dieser Epoche zu analysieren. Dass der Autor, der über eine bemerkenswerte Kombinations- und Ausdrucksgabe verfügt, sich an eine selbst für einen erfahrenen Historiker schwierige Aufgabe heranwagte, geht schon daraus hervor, dass die gedruckte Dissertation eine zweite Fassung darstellt. Inspiriert von H. Lüthys ETH-Vorlesungen über das schweizerische Selbstverständnis, möchte der Autor zeigen, wie stark der Angegriffene in Versuchung gerät, die zu seiner Verteidigung benötigte geistige Munition vom Angreifer zu beziehen, ohne sich dessen recht bewusst zu sein. Der unheimliche Anspruch, den ein solches Thema an den Bearbeiter stellt, überstieg die Möglichkeiten des Autors überall dort, wo er die Zeitgenossen nicht auf handgreifliche Parallelitäten zwischen dem *Nazi-Ungeist* und dem *Zeit-«Geist»* ertappen konnte. Doch fehlt Möckli allein schon das Handwerkzeug, um das erste Ziel zu erreichen, geschweige denn, dass er dem schwierigsten aller Metiers, der Zeitgeistforschung, oder gar einer kritischen Geschichte der Geschichtswissenschaft gewachsen gewesen wäre. Kennt er Schöps' Zeitgeistforschungen nicht? So wird der Leser von Zitaten förmlich erschlagen, von deren verkehrter Deutung in Staunen versetzt (z. B. Werner Kägi-Basel, Eugen Grossmann-Zürich) und von saloppen Epitheta zum Lachen gereizt («Segesser, einer der markantesten Reaktionäre», «Gotthelf, ein anderer Reaktionär von Rang»). Die Sekundärliteratur ist nur bruchstückhaft herangezogen worden.

Den Hintergrund, auf dem man Möcklis Studie sehen sollte, schildert K. Humbel mit seiner Analyse der *Nazipropaganda* in der Schweiz¹². Der umfänglich grösste und auch gelungenste dritte Teil gibt einen guten Einblick in eben jene Propaganda-Inhalte, auf welche die Schweiz äquivalente Antworten zu geben suchte (Volkstum, Volksgemeinschaft usw.). Schade, dass der Autor sich nicht mit Möcklis 1973 (!) erschienener Arbeit auseinandersetzt. H. verwertet hier aus Archiven und Presse neu erschlossenes Material. Beachtenswerte Ergebnisse vermittelt auch die organisationsspezifische Betrachtung; der Autor prüft, wie die Trägerschaft der in der Schweiz domizilierten Nazipropaganda strukturiert war und welche Chancen sie hatte, bei Behörden und Bevölkerung anzukommen. Weniger befriedigend ist Einleitung und zweiter Teil, in dem die Propagandatechnik besprochen wird. Abgesehen davon, dass man den Begriff Totalitarismus nicht so undifferenziert verwenden sollte, hätte der Autor vermehrt die neueste Literatur über die

¹¹ Schulthess-Polygraphischer Verlag, Zürich, 1973. 172 S.

¹² KURT HUMBEL, *Nationalsozialistische Propaganda in der Schweiz, 1931–1939. Res publica helvetica*, Bern, P. Haupt, 1976. 295 S.

von ihm vernachlässigten Seiten der Propaganda und der aussenpolitischen Konzeptionen der Nazis heranziehen müssen (z.B. D. Grieswelle, J. Hagemann, A. Kuhn, K. Vondung).

Es ist nicht zu viel gesagt, wenn Eduard Joos' Geschichte der *Schaffhauser Presse und Partei*¹³ auf dem Klappentext als erstmalig bezeichnet wird. In der Tat liegt hier der erste erfolgreiche parteigeschichtliche Längsschnitt von den Anfängen bis in die Gegenwart in der Schweiz vor. Dieses Werk, hinter dem sich eine Unsumme von Arbeit und von oft undankbaren Suchaktionen verbirgt, illustriert aufs schönste, wie chamäleonartig die schweizerischen Parteien Organisation, Gestalt und Namen wechselten, bevor sie die ihnen heute meist noch eigenen Formen gefunden hatten. Exemplarisch lässt sich dies besonders eindrücklich anhand der Entwicklungsgeschichte des Freisinns aufweisen. Joos leitet die mannigfaltigen ideologischen und organisatorischen Spielarten dieser Parteigruppe aus den jeweiligen Bedürfnissen ab, welche sich aus der Lösung der aktuellen Aufgaben und aus den gesellschaftlichen und institutionellen Rahmenbedingungen für die Gestaltung der kantonalen Politik ergaben. Ebenso subtil wird dies aufgrund der bis 1848 zurückreichenden Protokolle des Grütlivereins für die Arbeiterbewegung gezeigt. Dabei wird auch die Leistung der markanten Gestalten schaffhauserischer Politik gewürdigt. Dort, wo die Schaffhauser Parteigeschichte gesamtschweizerische oder internationale Bedeutung aufweist (Bauernpartei, Fronten, Kommunismus, kommunistische Partei-Opposition), werden bisher überhaupt nicht bekannte oder nur einseitig interpretierte Geschehnisse (Bringolf, Zopfi) ins rechte Licht gerückt. Alles in allem: ein Pionierwerk, das über die Kantons-grenzen hinaus Beachtung verdient.

BEWÄLTIGUNGSVERSUCHE DER UNBEWÄLTIGTEN VERGANGENHEIT – ADOLF HITLER IM SPIEGEL NEUERER LITERATUR

Von WOLF-RÜDIGER HARTMANN

WALTER C. LANGER, *Das Adolf-Hitler-Psychogramm. Eine Analyse seiner Person und seines Verhaltens, verfasst 1943 für die psychologische Kriegsführung der USA*. Mit einem Vorwort von FRIEDRICH HACKER. Wien, München, Zürich, Fritz Molden, 1973. 272 S.

¹³ EDUARD JOOS, *Parteien und Presse im Kanton Schaffhausen*. Schaffhausen, Melli, 1975. 612 S.